

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei Postbezugs monatlich 4,65 M., bei Zustellung unter Freitrag für Deutschland 4,30 M., für Ausland 7,30 M., per Brief 12,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das jeztgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Feuerungsbeitrag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das Antistreitgesetz in Sicht.

## Die neueste „Errungenschaft“.

Die Abstimmung über die Teile des Betriebsratsgesetzes, die zu Differenzen zwischen den Regierungsparteien geführt hatten, ist, wie vorausgesehen war, zurückgestellt worden. Die Kompromißverhandlungen gehen weiter und — wohl um sie zu fördern, um den Demokraten ein Pflaster auf die ohnehin kaum sichtbare Wunde zu legen — hat Herr Schlicke, der seitlichen Republik sozialdemokratischer Arbeitsminister, in der Kommission mitgeteilt, daß er noch vor Weihnachten das angekündigte Gesetz gegen die „wilden“ Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte der Nationalversammlung vorlegen werde.

Ein Gesetz ist also in Aussicht, nach dem Streiks nur nach mit allerhöchster Genehmigung eines Schiedsgerichts möglich sind, ein Gesetz, das das Streikrecht aufhebt, die Gewerkschaften von Rechts wegen zu Anhängeln der Unternehmerverbände macht, also das vollendet, womit die „Arbeitsgemeinschaften“ den Anfang gemacht haben. Etwas anderes ist nach allen Anzeichen, die über das Gesetz bereits in die Öffentlichkeit gedrungen sind, und nach den bisherigen Leistungen der republikanischen Sozialpolitik nicht zu erwarten. Die Propaganda, die wir dieser Sozialpolitik schon vor Monaten bekannt haben, stimmt: sie ist der Ausdruck der sozialen und ökonomischen Gegenrevolution.

Aber schon jetzt fordern wir die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zur energischen Gegenwehr gegen das geplante Attentat auf die Arbeiterrechte auf. Das Gesetz muß fallen, wie einst die Buchhausvorlage vor dem Ansturm der aufbegehrenden Arbeiterklasse zurückgeworfen werden mußte. Vor allem ist es Pflicht der Gewerkschaften, den Sturmangriff sofort nach der Einreichung der Vorlage zu beginnen. Und hier muß sich zeigen, ob sich die zentralen Instanzen endlich ihrer Pflicht bewußt werden und die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Widerstand aufrufen. Gelingt das nicht, machen die Arbeiter, die Gewerkschaften der Reaktion auszuliefern, so müssen auch die letzten Arbeiter den Charakter derer umgeben erkennen und ihre Haltung zu ihnen demgemäß einschärfen. An dem energischsten Widerstand der Arbeiter aber dürfte diese Haltung der Instanzen nichts ändern.

## Keine Aufhebung des Belagerungszustandes!

Was wir erwartet haben, ist eingetroffen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien nicht erfolgen könne. Zur Begründung wird bemerkt, daß der Belagerungszustand in Schlesien nicht aufgehoben werden könne, ohne daß die öffentliche Ordnung Gefahr laufe. Diese Behauptung ist nicht nur unrichtig, sondern auch nicht zu widerlegen. Die unwar die Begründung ist, daß zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß nicht nur sämtliche Parteien in Oberschlesien die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt haben, weil sonst die Gefahr des Verlustes von Oberschlesien an die Polen immer größer werde, sondern daß auch Göring zuletzt diese Anschauung vertreten hat.

Nach dem Grund für die Beibehaltung des Belagerungszustandes in Oberschlesien braucht man nicht lange zu suchen. Seine Aufhebung für Oberschlesien müßte die für die übrigen Teile des Reiches, in denen er besteht, insbesondere für Berlin, auch aufgehoben werden. Die Regierung aber hat nicht den Willen und nicht die Kraft, diese Forderung gegenüber den Militärs durchzusetzen. Sie ist von ihnen abhängig und muß nach ihren Weisungen handeln.

Sie besonders schamhafte Rolle scheinen auch in diesem Falle die Rechtssozialisten zu spielen. Sie haben sich in Schlesien angeblich mit Göring solidarisch erklärt und ihn in dem Verlangen nach Aufhebung des Belagerungszustandes unterstützt. Aber die in ihrer Mehrheit aus Rechtssozialisten bestehende schlesische Regierung lehnt seine Aufhebung ab und legt schweigend die sozialistische Fraktion dazu.

Die Lage ist also sehr klar. Noch vor wenigen Tagen hat der „Vorwärts“ grobspurig erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes sofort erfolgen werde, wenn wir erklären würden, daß Putschabsichten nicht beständen. Er hat sich von unserer Antwort befriedigt gezeigt. Aber trotzdem: der Belagerungszustand wird aufrecht erhalten. Die Regierung kann ohne ihn nicht fertig werden. Die Militärs wollen auf ihn nicht verzichten. Sie brauchen ihn als Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und zum Schutz für ihre gegenrevolutionären Absichten. Die Gewerkschaften sind an sich selbst zugrunde gegangen.

## Streikabstimmung im Bitterfelder Revier.

Dank der Besonnenheit der Arbeiter herrscht völlige Ruhe. Die Lage in Bitterfeld ist bis zur Stunde noch die gleiche. Am Dienstag haben Verhandlungen der Betriebsräte mit dem Militärbefehlshaber stattgefunden. Die Forderungen, welche die Arbeiter stellten, wurden zum größten Teil nicht bewilligt. Der Ausnahmestand soll in einige Punkten gemildert werden, sobald der Militärbefehlshaber es für nötig hält. Am Mittwoch finden in allen Betrieben der chemischen Industrie und des Bergbaues Abstimmungen statt, ob in den Generalstreik eingetreten werden soll. Dazu ist Versammlungsfreiheit gewährt worden. Die Arbeiter stimmen über folgende Fragen ab:

- 1. Arbeiten wir unter dem Belagerungszustand?
- 2. Arbeiten wir, so lange sich Truppen im Bitterfelder Industriegebiet befinden?

Das Abstimmungsergebnis läßt sich schwer voraussagen. Es ist jetzt festgestellt, daß der Belagerungszustand am 21. November auf Ersuchen des Fabrikdirektors der Amalwerks Wollfen vom Reichspräsidenten verhängt wurde. Das ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Regierung nur zu leicht geneigt ist, die Interessen der Industriellen gegen die Arbeiter zu vertreten.

## Die Flucht aus dem Baltikum.

Wie die „P. P. R.“ erfahren, haben Besprechungen darüber stattgefunden, wie man die Truppen aus dem Baltikum am besten in das Reich abtransportieren könnte, ohne daß Oszpreußen Schaden leidet. Es sollen nach Möglichkeit durchgehende Transporte eingeführt werden. Die zurückbleibenden Truppen werden auf das ganze Reich verteilt und sodann entlassen werden. Mit den zuständigen Reichsbehörden schweben Verhandlungen, auf welche Weise man der zurückbleibenden Zivilbevölkerung zu Hilfe kommen soll. Es wird sich eine reinliche Scheidung zwischen Reichsdeutschen und Deutschbalten nicht treffen lassen.

Grundsätzlich bleibt es dabei, daß die Truppen nach ihrer Ankunft in Deutschland entlassen werden. Sonst könnte sehr leicht der Schaden, den man von ihrer Anwesenheit in Ostpreußen befürchtet, anderwärts angerichtet werden.

## Gründung der Arbeiterpartei in Amerika.

Amsterdam, 26. November. Das Pressebureau Rabls meldet, daß in Chicago die Gründung der neuen amerikanischen nationalen Arbeiterpartei stattgefunden hat.

## Die gefährdete Inkraftsetzung des Friedensvertrages.

Paris, 26. November. Die „Humanité“ bespricht die Angelegenheit der Inkraftsetzung des Friedensvertrags in Verbindung mit den Gründen, die Ministerialdirektor von Simon voranlaßt haben, nach Berlin zu reisen, und sagt, die einfachste der Diskussionsmethoden sei, die Verantwortlichkeit dem Gegner zuzuschreiben, aber man müsse doch prüfen, ob die Entente und vor allem Dingen Frankreich nicht auch Verantwortlichkeiten hätten. Das Blatt erwartet kein Gefährdeter Menschlichkeit von den kleinen Bourgeois, die die französische Politik dirigieren, oder es fragt, ob sie nicht der Ansicht seien, daß in dem Augenblick, in dem Frankreich so sehr die Arbeit der Deutschen nötig habe, es geschickt wäre, ihnen den Vorwand zu liefern, daß ihre wirtschaftlichen Krisen nicht überwunden werden könnten, weil sie enttäuscht darüber seien, daß ihre Söhne nicht zurückkehren.

## Falsche Voraussetzungen.

Von Ernst Däumig.

L

In ihrer Dienstag-Abendnummer bringt die „Freiheit“ einen „Die neuen Syndikalisten“ betitelten Artikel, in dem Stellung genommen wird zu der jetzt brennend gewordenen Frage der Aufgaben und Taktik der Gewerkschaften. Soweit der Artikel sich in seinem zweiten Teile mit der sogenannten revolutionären Betriebsorganisation auseinandersetzt, ist ihm im wesentlichen zuzustimmen. Auch wir Verfechter des revolutionären Räte-systems sind bei Ueberzeugung, daß mit dem Mittel der „revolutionären Betriebsorganisation“ die soziale Revolution unserer Tage, weder im sozialistischen Sinne vorwärts getrieben werden kann, noch das Proletariat für die große, ihm bevorstehende Aufgabe zu Schulden ist: Die Aufgabe, nach Erringung der politischen Macht den gesamten kapitalistischen Produktionsprozeß — nicht bloß den einzelner Betriebe — in eine planmäßige, alle Gebiete der Produktion umfassende sozialistische Wirtschaft umzustellen. Allerdings macht auch das revolutionäre Räte-system den Betrieb zum Ausgangspunkt seiner Organisation und seiner Tätigkeit. Diese Tatsache gibt vielen Gegnern des Rätegedankens, und allen bewußten und unbewußten Förderern der kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitwirtschaft Anlaß, das revolutionäre Räte-system in einen Topf mit den neosyndikalistischen Bestrebungen zu werfen. Willkommenen Anlaß dazu bietet in der neuesten Zeit die Resolution der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 12. November 1919, der weit über die Reihen der S. P. D. und der alten Gewerkschaftsbureaus hinaus mit Gewalt eine Deutung unterlegt wird, auf Grund deren man dem revolutionären Rätegedanken den Todesstoß zu verfehen hofft.

Diese braven Stützen der Arbeitergemeinschaft, diese nur Gewerkschaftler der alten Schule, diese Verfechter des Parteipolitikums, wissen nur zu gut, daß die Gewaltmaßnahmen ihres Parteihelden Roske gegen die Groß-Berliner Rätebewegung und deren Vollzugsrat dem revolutionären Rätegedanken innerhalb der klassenbewußten Arbeiterklasse keinen Abbruch getan haben. Im Gegenteil. Sie versuchen daher den Roskeschen Handgranaten und Maschinengewehren mit sogenannten geistlichen Waffen zu Hilfe zu kommen, und die revolutionäre Rätebewegung als syndikalistische Verleumdung in Verruf zu bringen. Da diesem durchsichtigen Treiben aber auch von unabhängiger Seite Vorbehalt geleistet wird, stelle ich hiermit vor aller Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck nochmals folgendes fest:

Die Resolution vom 12. November er. ist kein Bekenntnis zur „revolutionären Betriebsorganisation“, sie verlangt nicht den Austritt aus den Gewerkschaften, sie steht nicht im Widerspruch zu unserer alten Forderung auf Revolutionisierung der Gewerkschaften von innen heraus. Die Resolution zieht nur die kritischen Schlussfolgerungen aus den Lehren des letzten großen Metallarbeiterkampfes, in dessen letzten, und für die gesamte Arbeiterklasse bedeutsamsten Stadium die alten Gewerkschaftsinstanzen nicht den rechten Stand gehalten haben für die allgemeine Situation jener Tage, in denen das Proletariat um das letzte bisshen Recht auf „Betriebsdemokratie“ (um dieses unglückselige und höchst anfechtbare, aber auf der Redaktion der „Freiheit“ offenbar sehr beliebte Wort anzuwenden) geprellt werden sollte, während draußen das Unternehmertum aufkramte und die monarchistische Gegenrevolution ihre Kriegszüge im Sündenbun und Ludendorff ausführte, während Roskes Söldner und Pöbeler eine Treibjagd auf den Vollzugsrat und andere Arbeitervertreter veranstalteten. In einer solchen Situation kampflös das Feld zu räumen, und Verwirrung und Entmutigung in den Reihen der Arbeiterklasse hervorzurufen, ist ein Verhalten, das zur Kritik zwingt, um kommende Kämpfe vor ähnlichen Zusammenbrüchen zu bewahren. Und da für solches Verhalten weniger Personen, vielmehr Institutionen und der in ihnen lebende Geist, sowie die für die heutigen sozialen Kämpfe unzulänglichen alten Methoden verantwortlich zu machen sind, so ist die in der angeführten Resolution enthaltene Kritik an den Gewerkschaftsinstanzen



verständnis und berechtigt. Diese Artikel in sozialistische Schauermärchen umzuwickeln, soll man den, mit dem Kapital auf Gedeih und Verderb verbundenen Arbeitergemeinschaften und Regierungssozialisten überlassen. In unseren Reihen aber soll sie dazu dienen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und für alle Organisationen, die die soziale Revolution zu einem Siege des Sozialismus führen wollen, eine gemeinsame Operationsbasis und gemeinsame Aktionsfeldlinien zu finden.

Aber noch von einer anderen falschen Voraussetzung muß hier in bezug auf den oben erwähnten „Freiheits“-Artikel noch gesprochen werden, eine falsche Voraussetzung, deren Aufrechterhaltung oder Nichtigstellung ausschlaggebend ist für die bis heute noch ungeklärte Frage, zu welchem Miteinstem sich die führenden Instanzen und die Gesamtheit der U. S. V. bekennen. In dem erwähnten „Freiheits“-Artikel heißt es, daß seit der Revolution die Forderung eines einheitlichen Miteinstems der Arbeiter in den Vordergrund der gewerkschaftlichen Kämpfe getreten sei. Das ist nur sehr bedingt richtig. Der Kampf um das Miteinstimmungsrecht, den einzelne, und zwar nur sehr wenige Gewerkschaften geführt haben, war nur eine Folge der Verfeinerung der großen, umfassenden Forderung, die das klassenbewußte Proletariat seit den Novembertagen erfüllte. Diese Forderung wollte den Sozialismus als Ganzes, wollte die Enteignung des Privatkapitals an Produktionsmitteln, wollte die sozialistische Produktion! In der ersten Revolutionärszeit war das die ausschlaggebende Idee, die die Köpfe weit über die Schichten des klassenbewußten Proletariats hinaus bekehrte. Ueber das Miteinstimmungsrecht machte man sich damals aber am wenigsten in den Gewerkschaften Kopfzerbrechen. Dieser Idee trug die erste Revolutionsregierung durch die Schaffung der Sozialisierungskommission Rechnung, vor dieser Idee mußten auch die folgenden Regierungen ihre Reverenz machen. Diese Idee vertrat auch Genosse Silberling in seinem Sozialisierungsbericht auf dem 1. Miteinstimmungskongress, wobei er allerdings seine Hoffnung auf die Sozialisierungsbereitschaft der Demokratie und der kommenden Nationalversammlung setzte. In unserem revolutionären Kreise war man sich von vornherein klar, daß Träger und Verantwortlicher des Sozialismus nur das im Miteinstem zusammengeschlossene Proletariat sein konnte.

## Parvus, Sllarz & Co.

Ueber die Geschäfte, die von den Herren Parvus und Sllarz betrieben sind, hat Herr A. Baumfelder, die rechte Hand von Karl Regien und mehrjähriger Geschäftsführer von Parvus Aufzeichnungen gemacht, von denen die B. S.-Korrespondenz jetzt einige Auszüge wiedergibt. Wir entnehmen daraus folgendes:

„Dr. Delp hand (Parvus) war besonders in den neunziger Jahren in der deutschen Arbeiterbewegung sehr bekannt und angesehen. Er gründete damals in München einen „Verlag zur Bewertung der Rechte russischer Autoren“. Bei Ausbruch der russischen Revolution ging Parvus nach Rußland, später nach der Türkei, wo er lange schriftstellerisch tätig war. Anfang 1918 kam Parvus nach Berlin zurück und es verbreitete sich das Gerücht, daß er der russischen Regierung große Dienste erwiesen habe. In München erschien dann zuerst die „Glode“, an der Konrad Haenisch als Redakteur arbeitete. Parvus gab tiefe Zusätze für die „Glode“, denn im Jahre 1918 schloß der Verlag mit einem Defizit von 1400 000 Mark, ab. Die Gerüchte über den Reichtum Parvus' nahmen damals in der Partei die sonderbarsten Formen an. Ueberhaupt war ich, Scheidemann wiederholt bei Parvus im Kaiserhof oder bei Sllarz in der Regentstraße zu treffen. Mehrfach hatte ich dabei den Eindruck, daß ich gerade zu einer Zeit hindurchgegangen war, wo ich Scheidemann, der durchaus nicht unangenehm berührt schien, dort sehen und hören sollte. Später fand ich in Sllarz' Arbeitszimmer ein Bild Scheidemanns mit seiner eigenhändigen Widmung, die etwa lautete: „Meinem lieben Freunde Georg Sllarz — Philipp Scheidemann.“ Als ich das Bild sah, bat ich Sllarz sofort, dasselbe mit der Widmung photographieren zu dürfen, da es mir definitiv sein könne, die Widerhände der Parteifunktionäre gegen den Verlag zu überwinden.

Die Situation im Verlag wurde finanziell schließlich bedroht. Da teilte und Parvus mit, daß der Verlag auf gesunde finanzielle Grundlage gestellt werden solle, und daß Georg Sllarz Mitarbeiter geworden sei. In Kopenhagen hatte Parvus um die gleiche Zeit ein „Institut zur Erforschung der sozialen Folgen des Krieges“ geschaffen, das ihn jährlich etwa 5000 Kronen Zuschuß kostete. Er hatte darin eine Anzahl Russen und auch einen Deutschen angeheilt. Das Institut knüpfte literarische Beziehungen zu allen Ländern an. Es ist von Gegnern Dr. Delp hands viel behauptet worden, daß er dieses Institut nur als Mantel einer Spionagezentrale geschaffen habe. In Wirklichkeit wurden Kohlen geschäfte gemacht, die einen Reingewinn von 250 000 Mark abwarfen. Parvus und Sllarz hatten ein Abkommen mit einer militärisch hohen Stelle in Deutschland, das ihnen die Möglichkeit gab, von der Militärverwaltung ausrangierte Autos zu kaufen. Die Autos wurden nach Dänemark geschafft, dort in einer von Sllarz und Parvus geführten Maschinenfabrik wieder hergestellt und weiterverkauft. Sllarz selbst ließ mir gegenüber die Bemerkung fallen, daß dies ein glänzendes Geschäft sei, weil die verkaufte Stelle in Deutschland die Messingteile, Reifen usw. an den Autos lieferte, die durch Ersatzmittel ausgetauscht würden und im Ausland so viel brachten, daß die Anschaffungskosten gedeckt würden.

Im Frühjahr 1918 tauchte das Projekt auf, einen russischen Buch- und Abrechnungsdienst herzustellen, der die ersten Schritte zur späteren Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern vorbereiten sollte. Von diesem Abrechnungsdienst wurden rund 600 000 Stück zum Preise von 65 Pfennig hergestellt. Für den Buchkatalog wurden große Vorbereitungen getroffen. Er sollte Beiträge erster Autoren und Inserate enthalten. Die Seite Inserate sollte 10 000 Mark kosten. Es wurden nun Verhandlungen mit der Del- und Zeitschrift angeknüpft, da man der Ansicht war, daß diese Reichsstelle an den russischen Leisrührern besonderes Interesse habe und es werde ihr nahegelegt, ihre Kräfte im wesentlichen Teil gegen die Ausgabe von 40 000 Mark pro Seite auszugeben. Es kam ein Auftrag von rund 4 Millionen Mark zustande. Für den Herrn aus der Del- und Zeitschrift, der den Artikel lieferte, wurde ein Honorar von zirka 10 000 Mark angewiesen; für den Herrn, der den Auftrag vermittelte, sich sich Parvus von mir 18 000 Mark Provision auszuhandeln. Der Buchkatalog ist als fertig erschienen, auch der Artikel der Del-

Reichsstelle natürlich nicht erschienen. Dagegen hat die Del- und Reichsstelle einen Teil der Auftragssumme bezahlt.“

## Die Freundschaften des Herrn Sllarz

Der Leipziger Volkszeitung“ wird zu dem Fall Sllarz gemeldet: Sllarz, der für die Steuerbehörde in Berlin nicht anständig war, führte in einer sehr vornehmen Wohnung in der Regentstraße ein großes Haus. Seine Freundschaft war plägend, so sehr, daß verschiedene Herren Minister sogar in seiner Wohnung sich sehr gut unterhalten konnten. Es sind kritische Beweise dafür vorhanden, daß Herr v. Gilla, der persönliche Adjutant Noskes, u. der Wohnung von Sllarz in dessen Abwesenheit seine Karte schickte mit der Bemerkung: Heute zwei Kuberts, heute drei Kuberts usw. Dann erschien Herr Noske mit dem Herrn v. Gilla und dessen Frau oder anderer Begleitung und lebten sich an die Sllarz'sche Tafel.

Auch Herr Scheidemann ist sehr bekannt mit Herrn Sllarz. Seine Geschäfte, die er inkognito im Ausland führte, bedürfen noch sehr der Aufklärung. Die Bekanntschaft mit Herrn Sllarz war so eng, daß er in die Armee eine sehr kostbare Perle brachte, ein Freundschaftsgeschenk von Herrn Sllarz. Herr Scheidemann hat es sehr angenehm empfunden, daß er bei seinem Aufenthalt in der Schweiz im Automobil der Herren Sllarz von Paris nach Genéve reisen konnte.

## Scheidemann und Sllarz

Ein Mitarbeiter der „A. B. am Mittag“ gegenüber erklärt Herr Scheidemann, daß die Mitteilungen des B. S.-Büros gelogen oder gefälscht seien. Sie seien zurückzuführen auf den Angehörigen der Firma Sllarz, Ernst Sonnenfeld, der nach Unterbringung von 1 300 000 Mark geflohen und in Holland verhaftet worden sei. Auch der Vater Sonnenfelds, der in der Herderstraße in Charlottenburg wohnt, sei in gerichtliche Untersuchung genommen. Es wurden im ganzen 800 000 Mark der veruntreuten Summe beschlagnahmt. Der Vater Sonnenfelds habe nach seiner vorläufigen Entlassung aus der Untersuchungshaft dem Abgeordneten Davidsohn Material ausgehändigt, das in einer gemeinsamen Sitzung der führenden Persönlichkeiten der Partei am 7. September geprüft worden sei. Die Konferenz habe einstimmig festgestellt, daß es sich um eine hunderttausend mit einem solchen Dreck beschlagnahmt zu haben. Das ganze Material habe in einigen Schreibern bestanden, die teils von Ebert, teils von Noske und teils von Scheidemann unterzeichnet worden waren. Das eine Schreiben betraf die Herstellung von einer Million antisozialistischer Kalender, die bereits von der früheren Regierung zur Verfertigung nach Rußland bestimmt worden waren. Ein zweites von Ebert und Scheidemann unterzeichnetes Schriftstück stellte eine Legitimierung dar, die Herrn Sllarz ausgestellt war, um ihm die Verpflegung eines Teiles von Regierungstruppen zu ermöglichen. Bei dem dritten Schreiben handelt es sich um eine Erklärung Scheidemanns um einen Urlaub Noskes, betreffend die Auffstellung einer Marketenberlei für die Reichstruppen, wobei Herrn Sllarz, den wir als tüchtigen Geschäftsmann kennen gelernt hatten, der Ankauf der Lebensmittel für die Marketenberlei, bis zum Höchstbetrage von 20 Millionen Mark übertragen wurde. Bei diesen drei Schreiben handelt es sich um durchaus erwandfreie Handlungen der Minister, um Anordnungen und Aufträge, die noch jetzt der Möglichkeit einer Kontrolle unterliegen und jede, auch die peinlichste Prüfung tragen.“ Die erwähnten Schreiben seien das einzig wahre an der ganzen Angelegenheit. Alles übrige sei erlogen oder gefälscht, u. a. auch durch Briefe, deren nachträgliche Unterschift Scheidemanns ganz leicht erkennbar sei. Scheidemann wüßte eine gerichtliche Klärung, um auch für die Zukunft eine Verwertung des Materials unmöglich zu machen.

## Die Affäre Sllarz

Genosse Eichhorn schreibt uns: Die B. S.-Korrespondenz jetzt ihre „Erzählungen“ fort und drückt zur Widerlegung meiner gestrigen Erklärung, daß Herr Sllarz die polizeiliche Genehmigung seiner Wach- und Schließgesellschaft nicht erhalten habe, ein vom 12. November 1918 datiertes Dokument ab, das von Wels und mit unterzeichnet sei. Nach diesem Dokument hat die Kommandantur und der Volkskommissar für die öffentliche Sicherheit die Wach- und Schließgesellschaft des Herrn Sllarz genehmigt.

Ich kann nicht feststellen, ob ich das Dokument wirklich unterschrieben habe. Es rührt vom 12. November 1918 her. Herr Sllarz war mir damals überhaupt nicht bekannt, ich lernte ihn erst später kennen und zwar brachte ihn Wels in seiner Eigenschaft als Stabkommandant zu einer Besprechung über die geplante Wach- und Schließgesellschaft auf das Polizeipräsidium. Meine gestrige Erklärung stütze sich darauf, daß mit Herrn Sllarz an verschiedenen Tagen im Polizeipräsidium über seinen Plan, eine Wach- und Schließgesellschaft zu errichten, verhandelt worden ist. An einer dieser Besprechungen nahm auch Herr Direktor Braun von der alten Wach- und Schließgesellschaft teil. Ich hatte große Bedenken gegen die neue Gesellschaft, denn der Plan des Herrn Sllarz ging dahin, 8000 Mann für den sogenannten Innenwacheinsatz zu bewaffnen. Meine Bedenken wurden von Herrn Direktor Braun in vollem Maße unterstützt. Ich erinnere mich, daß Herr Sllarz, um die Bedenken zu zerstreuen, noch den Vorschlag machte, er wolle einen Beamten der alten Wach- und Schließgesellschaft in seinem Bureau gewissermaßen zur Kontrolle mitwirken lassen. Ich erinnere mich ferner, daß ich nach diesen Verhandlungen dem Delegierten des Polizeipräsidiums den Auftrag gegeben habe, die rechtliche Seite der Angelegenheit zu prüfen. All diese Besprechungen fanden nach dem 12. November statt. Wenn meine Unterschift unter jenem Dokument echt sein sollte, kann es sich nur um eine Gegenzeichnung von dem von der Kommandantur sammelnden Schriftstück handeln, die mir, da sie in die allerersten Revolutionstage mit all ihrem Trubel fällt, aus der Erinnerung geschwunden ist.

Von einer endgültigen Genehmigung kann schon um deswillen nicht die Rede sein, weil sonst die späteren Verhandlungen völlig sinnlos gewesen wären. Ich habe außerdem, wie ich mich bestimmt erinnere, das Anschreiben eines Plakates verlesen, in dem Herr Sllarz die Gesellschaft mit dem Vermerk empfiehlt, daß sie die Genehmigung der Kommandantur und des Polizeipräsidiums erhalten habe. Herr Wels teilte mir allerdings mit, daß er keine Bedenken getragen habe, seine Zustimmung zu der Errichtung der Wach- und Schließgesellschaft durch den mir einer Regierungsempfehlung versehenen Herrn Sllarz zu geben, um der in den ersten Revolutionstagen besonders großen Unsicherheit zu steuern.

Jedenfalls war meine Haltung zu dem Plan des Herrn Sllarz eine solche, daß er zu „Dankbarkeit“ gegen mich keinerlei Ursache hatte. Seine Geselligkeit, mir in Dänemark einige Einkäufe zu besorgen, hat damit auch nicht das geringste zu tun. Herr Sllarz hat mir einige Lebensmittel (2 Pfund Butter, 1 Pfund Kalao, einige Tafeln Schokolade, ein

halbes Pfund Kaffee und 100 Stück Zigaretten) und danach zwei Garnituren Toiletwäsche und einen kleinen Pelzragen im Muff besorgt. Ich hatte ihm ausdehnlich angeboten, welchen Preis er höchstens dafür anlegen dürfte (500—600 M.) und in diesem Sinne hat er seine Einkäufe besorgt.

Nachdem auf meine erste Aufforderung, mir die Rechnung zu schicken, bis zum 12. Januar eine Antwort nicht eingegangen war, hat meine Frau — ich selbst war damals nicht im Juli noch einmal um die Rechnung gemahnt. Eine Antwort ist nicht erfolgt, vielleicht deshalb, weil die Summe, die ich ihm bei der Bestellung ausshändigte, für die Einkäufe zugerechnet hatte. Jedenfalls habe ich und nach meiner Flucht meine Frau drei- und mit allem Nachdruck die Rechnung verlangt.

Ich konstatierte, daß ich in meiner amtlichen Eigenschaft Herrn Sllarz in keiner Weise unterstützt habe, sondern der Richtung der Wach- und Schließgesellschaft schon aus politischen Bedenken schweigend geblieben habe, was so schon aus der Hingabe des Direktors Braun und des Delegierten hervorgeht. Ich habe in keiner anderen Angelegenheit mit Herrn Sllarz irgend etwas zu tun gehabt und ihn überhaupt nur anlässlich dieser Verhandlungen persönlich gesehen. Weiter noch nachher stand ich mit ihm in irgendeinem persönlichen Verhältnis.

## Scheidemann's Oberbürgermeister

Wie aus Cassel gemeldet wird, haben die dortigen rechtsfähigen Stadtverordneten einstimmig beschlossen, für den erledigten Posten eines Oberbürgermeisters den früheren Ministerpräsidenten Scheidemann vorzuschlagen. Da auch ein Teil der hiesigen Stadtverordneten sich für die Wahl Scheidemanns entschieden hätten, sei seine Wahl gesichert. Scheidemann hat sich schon vor mehreren Wochen bereit erklärt, das Amt anzunehmen.

## Gegen die Auslieferung der Dada

Eine Motion der Reichstagesmitglieder von Hamburg, Kiel und Westmünde erhoben gestern beim Reichskanzler Vorlesungen gegen die von der Entente geforderte Auslieferung der Dada vom 23. November, in der besonders auf die Schädigung der Arbeiter durch die Auslieferung hingewiesen und die Regierung ersucht wird, alles daran zu setzen, diese Schädigung abzuwenden.

Ebenfalls hat der Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der die Interessen der Seeleute und Schiffer berührt, in einem Schreiben an den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam auf die fatalen Folgen hingewiesen, die aus den Forderungen der Entente über eine Auslieferung von 400 000 Tannen an Schwimmdocks, Wagger usw. für diese Berufsgruppen entstehen würden.

Auch der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam in dieser Angelegenheit ein Schreiben gerichtet.

## Die M hnung hat gestrichelt

Auf vielfache Anfragen aus Parteikreisen teilen wir mit, daß das von der Sicherheitswehr bei der letzten Besetzung des Parteibüros beschlagnahmte Geld am Sonntag zurückerstattet wurde.

Es war also erst die energische öffentliche Meinung nötig, um die Herausgabe des Geldes zu veranlassen.

## Der Monarchistenklub in Potsdam

Die monarchistischen Kundgebungen haben sich in Potsdam am Montag wiederholt. Der von Koch geschlagene General Ludendorff stand wieder im Mittelpunkt dieser Demonstrationen. Er scheint jetzt seinen Beruf darin gefunden zu haben, im Lande herumzuzirkeln, seine verbleibende Persönlichkeit zum Schau zu stellen und „Gott dir im Siegestrang“ singen zu lassen. Die Untertanen, die sich am Sonntag in der Garnison ihre Rollen noch nicht heiser genug geschrien hatten, erschienen am Montag vor der Wohnung Ludendorffs, dieser zeigte sich im Fenster und hielt seine Rede über den Preu ßengeist und die heilige Idee des Militarismus zum zweiten Male. Die Menge wurde dadurch erheit, sang patriotische Lieder, brüllte Kaiser aus und erging sich in Schwärmungen auf die jetzige Regierung. Die Regie hat wieder hochgehenden langen Verkauf der Demonstration. Ein Diener Christi, Pfarre Vogel, stand neben Ludendorff am Fenster.

## Die Untersuchungsformödie

Der Untersuchungsausschuß der preussischen Landtagssammlung hat sich gestern u. a. mit der unrichtigen Darstellung des Genossen Ledebour befaßt. Bei der Untersuchung wird gegen den Leutnant Fischer, den früheren Stadtkommandanten von Berlin, ein Untersuchungsbefehl erteilt war, wegen des angeblichen Befehls, Ledebour zu erschießen. Das Verbot ist eingeleitet worden, weil es widersprüchlich sei, daß sich der gegen Fischer erhobene Befehl nicht beweisen lasse.

Bei dieser Gelegenheit wurden auch die von Herrn Sllarz man erfundenen Märchen über die Beziehungen des Sllarz zum weils von Tyska zur Bezirksleitung der U. S. V. in Berlin erzählt. Hellmann behauptete bekanntlich, Tyska habe von U. S. V. D. sowie von dem Genossen Dr. Rosenfeld einen Geldbeitrag bekommen und sei aus dem „Lebensmittellager“ der Schillerstraße wohnhaft in größtmöglicher Weise vertrieben worden. Jetzt heißt es auf einmal, daß auf dem Parteibüro Lebensmittel von geringem Wert gefunden wurden, die politisch Gefangene bestimmt waren.

Der Untersuchungsausschuß ist dann zu dem Ergebnis gelangt, daß Fischer niemals und in keiner Weise die Untersuchung angeordnet oder dazu angezogen hat, und daß er sich nicht feststellen werden könne, wieso diese Hauptaufgabe der Untersuchung aufgestellt worden sei.

Daß Roidpläne gegen den Genossen Ledebour, Sllarz bleibt auch heute noch eine feststehende Tatsache, Sllarz Leutnant Fischer nicht daran beteiligt war. So hat der Beweis jederzeit der Beweis erbringen, daß die Leute, die bei der Hauptaufgabe an der Verhaftung, der sogenannten Roidpläne, soll sogar 20 000 Mark eingestiftet haben, lassen sich Beugen erbringen.



# Das Schicksal der Kriegsgefangenen.

## Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 26. November.

Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenen-Note der Entente mit folgender Note geantwortet, die heute in Paris übergeben wird:

Auf die am 21. November in meine Hand gelangte Note vom 19. November betreffend die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich beziehe ich mich. Durch die Agence Havas am 20. August 1919 veröffentlichte Erklärung des Generals Goyard im Auftrag meiner Regierung folgendes:

1. Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anschließend ihre Ansicht, durch die Agence Havas am 20. August 1919 veröffentlichte Erklärung des Generals Goyard, bestätigt. Diese Behauptung lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt der Heimführung der Kriegsgefangenen mit Deutschland, soweit er die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudiskutieren. Die Arbeiten der Heimführung (operations de repatriement) werden sofort begonnen, und zwar unter Leitung einer internationalen Kommission, der noch Einführung des Vertrages ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll.“

Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung, aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung auch die deutsche Seite alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

Die französische Regierung behauptet ferner, daß sie die Kriegsgefangenen zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung die deutschen Soldaten die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätte. Eine solche Zurücknahme hätte ja zum mindesten die deutschen Kriegsgefangenen mitteilen müssen. Weiterhin behauptet die französische Regierung einfach, irgendein Versprechen abgegeben zu haben.

Diese widersprüchliche Haltung ist um so unbilliger, als die Erklärung vom 20. August nicht etwa ein bloßes Abwärtswort war, das aus Gründen der Menschlichkeit erteilt wurde, sondern:

### Gegenseitigkeit für Angehörige.

1. Die französische Regierung hat die deutsche Regierung dadurch verwirrt, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Angehörigenfrage versprochen hat.

2. Die deutsche Regierung hat sich dabei einmal um die Angehörigen der deutschen Soldaten und einmal um die Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen bemüht. So hat die deutsche Regierung die Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen in jeder Hinsicht berücksichtigt. Die Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen sind in jeder Hinsicht berücksichtigt. Die Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen sind in jeder Hinsicht berücksichtigt.

3. Am Falle des Sergeanten Manheim hatte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Maßnahmen der Stadt Berlin auferlegten Buße von einer französischen Stelle nahe gelegt. Die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen; in diesem Falle wurde der deutsche Kriegsgefangene einsetzt. Auch in Paris wurde zu jener Zeit der Fall Manheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht. Als der deutsche Vertreter am 1. August, nachdem der sofortige Beginn der Angehörigenfrage war, mit Beziehung auf die vorausgehenden Zusätze in die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen eintrat, wurde die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

4. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

5. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

6. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

7. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

8. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

9. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

10. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

11. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

12. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

13. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

gleichen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen setzen wird. Die deutsche Regierung hat die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt. Die Angelegenheit der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen einsetzt.

2. In der Note wird gefragt, wie sich wohl die Bewohner der gefährdeten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringenden Aufräumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termin die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen dürften. Die deutsche Regierung kann nicht glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, weil es die Note zu verstehen gibt, sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölkerung ein Herz für das Leid der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückerhielten, statt in hohem Frontdienst für Handlungen büßen müssen, für die sie keine Verantwortung trifft.

3. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 11. Juli wiederholt feierlich versichert worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete verknüpft werden solle. Daran, daß noch immer kein endgültiges Abkommen über die Vereinstellung deutscher Arbeiter zustande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereit erklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen und hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Inland die bereits vor Unterzeichnung des Vertrags begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das richtige geübt. Die französische Regierung ist darüber auf dem laufenden gehalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Erklärens der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Arbeitskräfte abzugeben und die Mittel zu beschaffen, in denen die Wiederaufbauarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden können.

4. Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung der Ausfuhr der Friedensbindungen in Schlesien und Oberschlesien als lächerlich. Die Vorbereitungen zur Ausfuhr der Friedensbindungen in dem schlesischen Abstammungsgebiet sind von der deutschen Regierung in jeder Hinsicht erleichtert worden. Zwischen ihr und der Internationalen Kommission, die während der Abstimmung die Verwaltung übernehmen soll, haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, bei denen über alle wesentlichen Fragen Übereinstimmung erzielt wurde. Beauftragte der Kommission sind bereits jetzt mit Genehmigung der deutschen Regierung im Abstimmungsgebiet tätig. Was Oberschlesien betrifft, so ist die deutsche Regierung auf den Wunsch der alliierten und assoziierten Regierungen, eine Militärkommission zur Untersuchung der Lage dorthin zu entsenden, bereitwillig eingegangen. Es ist zur Genüge bekannt, daß auch nach den Feststellungen dieser Kommission die Schuld an der Aufstandsbewegung im Monat August und somit an den Leiden, die sie notwendig für die Bevölkerung zur Folge hatte, nicht der deutschen Regierung zur Last zu legen ist.

5. Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens verzögert habe. Deutschland hat sein Möglichstes getan, um den unerhöhten Anforderungen, die durch dieses Abkommen gestellt worden sind, gerecht zu werden. Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Lebererträge und Gewalttaten zur Sprache zu bringen, durch die das Waffenstillstandsabkommen von ihren Gegnern verletzt worden ist. Sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerechter urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Recht Klage geführt werden kann.

6. Auf die Angelegenheit der Verfertigung der Kriegsschiffe in Capa Fluv wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. Auch die Frage der Räumung der baltischen Provinzen braucht hier nicht behandelt zu werden, da sie zur Zeit von der Internationalen Kommission unter Führung des Generals Hiesel einer Prüfung unterzogen wird, deren Ergebnis abzuwarten ist.

7. Bei dem Vorwurf, den die Note wegen der „zweifelhaften bis jetzt aufrecht erhaltenen Artikel“ der deutschen Reichsverfassung erhebt, handelt es sich um eine längst erledigte Angelegenheit, in der die deutsche Regierung alles getan hat, was die alliierten und assoziierten Regierungen von ihr verlangt hatten.

8. In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheuren Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten. Die deutsche Regierung kann nur ihr Verwundern darüber ausdrücken, daß solche Mährchen über den Mund von in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden. Sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tage ernstlicher und dringlicher wird und in der Deutschland auf das Mitleid aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

## Die Bekämpfung des Wuchers.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung befaßte sich am Dienstag mit der Verordnung gegen Wucher und Scheidhandel, zu dessen Bekämpfung besonders Wuchergesetze eingeführt werden sollen. Für den Bezirk eines jeden Landgerichts soll mindestens ein Wuchergesetz zur schnellen Verurteilung von Wucher und Scheidfällen erlassen werden. Besetzt sind diese Gerichte mit drei Richtern und zwei Schöffen, von denen je einer aus dem Kreise der Erzeuger und der Verbraucher genommen werden soll. Die Vorlage wurde ohne wesentliche Änderungen in der Fassung des Regierungsentwurfs genehmigt.

Die Antisemitische. In unserer Morgenausgabe vom 7. November brachten wir einen Artikel „Die Berliner Wucherer“, in dem wir behaupteten, daß einer der beteiligten Wucherer, ein Leutnant namens Weich, zugleich Vorstandsmitglied des antisemitischen Deutschen Volksbundes sei. Dieser Volksbund schickte uns jetzt eine Berichtigung, in der behauptet wird, der erwähnte Leutnant Weich sei nicht Mitglied des Deutschen Volksbundes. Der Herr Gemeindevorstand, daß Leutnant Weich jetzt tatsächlich nicht mehr dem Vorstand des antisemitischen Volksbundes angehört. Er ist nämlich inzwischen ausgeschieden. Die. hat er bei einer Rücksprache auf unserer Redaktion unter Jungen zugeworfen.

Kaufleuten der Gefangenenpakete nach Frankreich. Seit einiger Zeit laufen sich die Beschwörungen über das Ausbleiben von Paketen, die an unsere Gefangenen in Frankreich abgesandt sind. In einzelnen Lagern werden Hunderte und Tausende von

solchen Sendungen vermisst. Die Pakete sind sowohl auf deutschem, wie auch nach einem Verbleib der schweizerischen Postverwaltung an den deutschen Hilfsauswah des Gefangenenlagers Beres-Corpenros auf schweizerischem Gebiet stets regelmäßig wieder besördert worden. An die französische Postverwaltung ist das dringende Ersuchen gerichtet worden, für die fehlende Zustellung der noch ausstehenden Sendungen an die Gefangenen zu sorgen.

Anerkennung der neuen ungarischen Regierung. Der Entenvertreter in Ungarn hat an den neuen Ministerpräsidenten Pusgar eine Note gerichtet, in der er das Konzentrationskabinett im Namen der Entente anerkennt, bis auf Grund von Nationalversammlungswahlen eine Regierung gebildet ist, sofern Pusgar die vollen Bürgerrechte gewährleistet und die provisorische Grenze Ungarns respektiert.

Reorganisation des ägyptischen Kabinetts. Nach einem in England eingelangten Telegramm des Generals Allenby ist ein neues ägyptisches Kabinett unter Führung von Wahab gebildet worden.

## Deutsche Nationalversammlung.

119. Sitzung, Mittwoch, 26. November.

### Die Ernährungsfrage.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Interpellationen und ein Antrag über die Ernährungsfrage.

Herr Semmler (DnL, Sp.) fordert Beschlüsse der Zwangswirtschaft! Ein 9. November der Landwirtschaft muß unter allen Umständen befreit werden.

Herr Gerold (DnL) tritt für Herabsetzung der Arbeitszeit ein und vertritt die Forderungen des Reichsausschusses.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Die ungünstige Bitterung hat sehr schädlich gewirkt, so daß die Ernte in diesem Jahre erst außerordentlich spät eingeseht hat. Erst als die Regenzeitung kam, mußte die Jutezeitung von Kartoffeln beschränkt werden. Wir haben für die Befreiung eine Schnellgerichtsbekanntmachung ausgegeben. Es hat aber leider eine Reaktion begonnen, und die Landwirte wurden aufgefordert, die Kartoffeln nicht abzuliefern, (Anruhe rechts) bevor die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben wurde. Das wäre aber für die Versorgung von großem Nachteil gewesen. In Ostpreußen, zum Teil auch in Westpreußen, sind viel Kartoffeln ertrorren. Die Zuckerrüben haben unter dem Frost nicht so schwer gelitten wie die Kartoffeln. Wir müssen auch alles daran setzen, die Produktion zu erhöhen, und es läßt sich dabei nicht vermeiden, daß der Ankaufpreis erhöht wird. Für die fehlenden Kartoffeln werden wir Ersatzmittel geben müssen. Bei dem gegenwärtigen Kalzustand ist der Einkauf von Brotgetreide im Ausland fast unmöglich. Wir müssen aus der heimischen Ernte für absehbare Zeit unser Bedarfs decken. Sie (nach rechts) verständigen sich schwer am Volke, wenn Sie das Brotgetreide veräußern. Es ist bedenklich, die Preisgabe des Getreides für die nächste Zeit anzuhalten, weil die Gefahr besteht, daß der Landwirt Getreide im Übermaß anbaue, mit der Aussicht, daß für den Winter im nächsten Jahre der enorm hohe Preis weiter bestehen bleibt. Die Landwirte haben kein Recht dazu, mit diesen hohen Preisen weiter zu rechnen. Wir wollen versuchen, möglichst viel Getreide aus unserm Lande herauszuholen, um uns von größeren Einkäufen vom Ausland zu befreien. In den übermäßigen Preisen liegt ein Anreiz zum Ankauf der Landwirtschaft. Der Landwirt muß sich den Forderungen der neuen Zeit anpassen und ein besseres Verhältnis zu seinen Arbeitern herstellen. Von der

### Rat der Städte

kann sich der Landwirt überhaupt keine Vorstellung machen. (Anruhe rechts.) Wohin wir mit der freien Wirtschaft kommen wollen, das ist die allgemeine Hauswirtschaft. Getreide, Getreide und andere Stoffe, das für die Hauswirtschaft verwendet werden ist, das ist tatsächlich dem Volke und namentlich den Kindern verloren. Wir können sich nur reiche Leute leisten. Wir müssen uns durchhangeln. Dafür gibt es keinen anderen Weg als die Zwangswirtschaft. (Lauter Zustimmung bei den Sog.) In einem Volk, das sich nicht selbst ernähren kann, ist die freie Wirtschaft einfach unmöglich. (Lauter Beifall links, Widerspruch rechts.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Anträge ein.

Herr Wackerbarth (DnL): Der Gedanke, daß nur die Ausfuhr der Zwangswirtschaft uns helfen kann, gewinnt in der deutschen Bevölkerung immer mehr an Boden.

Herr Frau Lobnig (Sog.): Während die Rednerin spricht, sammeln sich zahlreiche Abgeordnete der Rechten vor der Tribüne, und veranstalten andauernd lärmende Randgebungen, so daß Herr Präsident Noche wiederholt zur Glocke greifen und um Ruhe bitten muß. Die extensive Wirtschaft muß vermieden werden und läßt sich vermeiden, wenn Produzenten und Konsumenten wirklich Hand in Hand arbeiten. Dann muß es möglich sein, die intensive Wirtschaft durchzuführen. Ausgaben für die Einfuhr von Nahrungsmitteln können wir uns nicht leisten. Wir müssen zu erreichen suchen, und auf eigenem Land zu ernähren. Dazu können wir auch unsere Industrie helfen. Allein es fehlen uns Rohstoffe, Kohlen und außerdem haben wir an einer Verkehrskrise. Wenn die hohen Preise nicht zahlen können, die von den Landwirten verlangt werden, darf man sich nicht wundern, wenn Streiks entstehen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Aushebung der Zwangswirtschaft sind schlecht. Früher belam die Arbeiterschaft unter der Zwangswirtschaft doch die und da Eier zu erschwinglichen Preisen. Jetzt, unter der freien Wirtschaft sind angeblich genügend Eier vorhanden. Stimmt. Aber sie sind so teuer, daß der Arbeiter sie nicht kaufen kann. Ähnlich stellt es sich mit Erbsen. Die Maren sind zum Teil dadurch vorhanden, weil infolge der hohen Preise ein großer Teil der Bevölkerung aus der Zahl ihrer Konsumenten ausgeschieden ist. Daher rührt der Scheinbare Überfluß. Jede Artigade eines bewirtschafteten Arbeiters ist ein Missetat. Mit bloßen Preiserhöhungen kommen wir nicht weiter, denn dann folgt einfach eine Vorkämpfung der anderen. Durch die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise kommen wir dazu, daß natürlich auch die Beamtengehälter erhöht werden, dann natürlich auch die Beamtengehälter erhöht werden, dann natürlich auch die Beamtengehälter erhöht werden, dann natürlich auch die Beamtengehälter erhöht werden. Wir sehen die

Berliner Kinder nicht nur bahinsetzen, sondern bahinsetzen. Die Regierung muß die schärfsten Maßnahmen ergreifen, damit mehr Milch in die Städte kommt.

Das Haus vertritt sich auf Donnerstag 1 Uhr: Dritte Lesung der Reichsabgabenordnung, Gemeindefinanzen Antrag aller Parteien über die Hungernot in Deutschland, Weiterberatung der Interpellationen über die Ernährungsfrage, Antrag Krasselt (DnL) auf Schaffung von Ausschüssen für Bevölkerungspolitik und Wohnungspolitik. Schluß nach 6 Uhr.

## HINDENBURG und LUDENDORFF

vor dem Untersuchungsausschuß

## FREIE WELT • 28

Preis 25 Pfennig

Bei jedem Zeitungshändler zu haben



# Wir bringen



Ihnen diesmal wieder einen ganz besonders schmecken, empfehlenswerten Wintermantel. Er ist aus einem dicken, dezent braungrün karierten Stoff sehr gut gearbeitet, mit dem so begehrten hochflügelbaren Kragen und schönen geräumigen Taschen ausgestattet und trotz alledem ist er Ihrer für nur 115.-

Rönigstr. 33  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
Chausseestr. 115  
Zum Chiffre Schafel

## Theater und Vergnügungen.

**Volkshöhle.** Theater am Hildesplatz.  
7 1/2 Uhr: Prodig' in Littona

**Opernhaus Tietland**  
Anfang 7 Uhr

**Schauspielhaus Maria Magdalena**  
Anfang 7 Uhr.

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Jankobs Traum.  
Kammerspiele

**Großes Schauspielhaus**  
Karlsruhe.  
Freitag, den 23. November  
Eröffnungsvorstellung 7 1/2 Uhr:  
I. Abteilung I. Abend Orestes.

**Röniggrüßer Straße**  
Zum 25. Male:  
Schloß Wetterstein.  
Freitag: Ein Trauerspiel  
Sonntag: Schloß Wetterstein  
Sonntag nachm.: Erdgeist  
Abd.: Schloß Wetterstein  
Mit: Schloß Wetterstein

**Komödienhaus Sie**  
10 Uhr: „Sie“  
Freitag: Liselott v. d. Pfalz  
Sonntag: „Sie“  
Freitag: Die Ehre.  
Abend: „Sie“

**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Student

**Lessing-Theater**  
7 1/2 Uhr: Fräulein Julie.  
Die große Kalkade.  
Dorice, Servas, Fischer,  
Klopper, Veidt.  
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt.  
(Günning, Lösser, Servas,  
Looß)

**Residenz-Theater**  
Abend 8 Uhr zum 219. Male:  
Das höhere Leben  
Von Hermann Sudermann  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Hänsel und Gretel.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:  
v. 20. Male: Der gute Ruf

**Trinnon-Theater**  
Täglich 10 Uhr:  
Maskerade  
Von Ludwig Falka  
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:  
Aschenbrödel.  
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:  
Der Leibesdiener.

**Neues Operettenhaus**  
Direktor: Jean Kran  
Allabendlich 7 1/2 Uhr 20 Min.:  
Die Dame vom Circus

**Walhalla-Theater** Welschbergweg  
4 Uhr: Am goldenen Horn.  
Sonntag, den 30. 11. nachm.  
4 Uhr: Das Gesetz.

**Rose-Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Gesetz

**Casino-Theater**  
Lehringstr. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr.  
**Schniepels Lene**  
Berliner Volksstück in 3 Akten.  
Vorher: Erskt. Spezialitäten.  
Viktor Litke in dem Sketch  
„Erwischt“.  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Ein zauberes Rosenblatt.

**Königsstadt-Theater**  
Alexanderstr. 31.  
Tägl. 7 30: Spezialitäten  
und Varieté - Burleske:  
Was anders eine Grabe gräbt

**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 219.  
Allabendlich  
7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
Die Welt im Jahre 2000  
Sonntags 3 1/2, jed. erwachs.  
1 Kind frei.

**Wintergarten.**  
täglich 7 1/2 Uhr  
Varietévorstellung  
Pauschen vertrieben.

**Circus Busch**  
Tägl. 7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
U. Schläger über Schläger!  
Kopfrutsch durch den  
Circusraum.

**Todes-Motorradfahrt**  
an stähler Wand  
Die lustigen Holländer  
Tranzil. Pantomime  
„Aphrodite“

**Theater am Kolonnen Tur**  
Tel.: Moritzplatz 14914.  
Tägl. 7 1/2 und Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
9 ehem. Mitgl. der  
Städt. Säng. u.  
Bühnen-Ges.  
Vorr. 11-12 u. 4-6 U.

**Nicholbauer**  
Volksvariété  
Warschauer Str. 34/36  
Täglich Varieténummern  
Donnerstags  
e. Leisepizer Säng. e.  
nachm.  
Familien-Konzerte  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr

**THEATER AM MORITZPLATZ**  
Fortsetzung  
von Lilli....  
Zum 1. Male  
**Lillis Ehe**  
nach dem Roman von  
Johanne Marcs.  
Außerdem:  
**Uraufführung**  
„Veras  
Rifersucht“  
Lustspiel in 2 Akten  
von Karl Neusser.  
6 30 8 30

## Großes Schauspielhaus

Direktion Max Reinhardt

Für alle Vorstellungen gelangen Plätze aller Art an der Theaterkasse (von 10—2), bei A. Wertheim und im Invalidendank zum Verkauf.

## Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“

Agitationsbezirk BERLIN.

## KUNST-ABEND

in der Festhalle des Stadtkusses (Eing. Klosterstraße)  
Sonntag, den 30. Novbr. cr., abends 6 Uhr  
Mitwirkende: Tilla Durieux, Recitationen,  
Katharina Gardin, Gesang, Leo Keatonberg,  
Klavier, Hermann Grevenmühl, Violine, Gottfried  
Zentander, Violoncello, Eduard Künneke,  
Begleitung der Lieder.

KARTEN zum Preise von 1,75 Mk. sind zu haben bei Kruss, SO, Mariannenstr. 11, Wagner, SO, Michaelkirchplatz 6, Maschahl, N, Brüseler Straße 14, Freiheit-Buchhandlung, Schiffbauerdamm 1 und bei allen Ortsgruppenleitern.

## Höchste Preise über Tageskurs

zahlt für  
**Platin-**  
Tiegel — Schalen — Eisenstifte — Zahntafel  
Schmuckstücke — Blutzählerröhrchen —

**Gold-**  
Barren — Münzen — Schmuck — Zahngold  
Brochgold

**Silber-**  
Barren — Münzen — Abfälle — Bestecke —  
Löffel

Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903

## Metallkontor

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138.  
Telephon Moritzplatz 12358.  
Telegramm-Adresse: Metallkontor, Berlin SW 68.

## Möbel auf Kredit

Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Rücksicht.  
Einzelne Möbel werden bereitwillig abgegeben.  
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.

**M. Landwehr,**  
Müllerstraße 7, 1. Stock.  
Kreditanleihe nehme in Zahlung.  
Liefere auch nach auswäts

## Basch & Buczowski

Zentr. 7119 Friedrichstr. 68 Zentr. 7119

In 24 Stunden wird Herren- und Damen-Garderobe chemisch gereinigt.

Abholung und Zusendung kostenlos!

## Christbaumschmuck

Billigste Bezugsquelle  
Jedes Quantum  
Grosse Auswahl

Händler Dresdener Str. 111 Vereine

## Ueber Tagespreis zahlt für Platin, Gold, Silber, Platinzähne nicht unter 5 Mark

Frau Linke, Blücherstraße 40  
Port. II, 2 Treppen, 8-8 Uhr.

## Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)

ausrufen, zähle konkurrenzlose Preise  
Metallkontor, Alte Jakobstr. 138  
Moritzpl. 12358

## Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen, etc.

Erste und Beste Heil-Anstalt Löser  
Dir.: Löser senior, Dr. Skotti  
Rosenthaler Straße 69-70, 9-1, 4-8, Sept. 18-1.

## Zahnpolizist Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Strasse 117 (s. d. Lützowstrasse)  
Spezialarzt für Zahn-, Geschlechtsleiden, Haut-, Harn- und Frauenleiden bewährte, sachverständige Behandlungen.  
Unentgeltliche Anamnese und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren im verschlossenen Brief Mk. 1.50) in den Sprechstunden von 12-2 mittags, 7 1/2-9 abends, Sonntags 11-1 Uhr.

## Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Potsdamer Strasse 117 (s. d. Lützowstrasse)  
Spezialarzt für Zahn-, Geschlechtsleiden, Haut-, Harn- und Frauenleiden bewährte, sachverständige Behandlungen.  
Unentgeltliche Anamnese und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren im verschlossenen Brief Mk. 1.50) in den Sprechstunden von 12-2 mittags, 7 1/2-9 abends, Sonntags 11-1 Uhr.

## + Haut-, Harn-, Geschlechts- +

Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir erprobten, bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit gutem und dauerndem Erfolge behandelt, speziell mit elektrophysikalischen Licht- und Naturheilverfahren. Ohne Herabsetzung — Sprech- und Behandlungszeit: 9-1, 4-7, Sonn- u. Feiertags 9-1.  
Heilanstalt Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b, II (am Bahnhof Janowitzerbrücke), Prof. P. Misteisky, Graduiert und approbiert im Ausland.

## Zigaretten

Ständiges Lager in rein orientalischen und ägyptischen Zigaretten von M. 200.- Lagerbezug lohnend.  
M. Guffmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22, 8-10

## Nicht in 6-8 Wochen

sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Müllentwässerungsgelüste, — Transportschalen, — Zylindergerben gelüft. — Transportschalen werden durch Ausdampfen wie neu hergestellt.  
Schnellherberei u. chem. Reinigungsanstalt  
(Tel.: Amt) Nord-West. (Hilfsamt)  
(Gatz & Sieg)  
Fabrik u. Exped. Gutzkowskystr. 21, Hauptamt Gutzkowskystr. 13, II. Geschl. Möckemannstr. III. Geschl. Sch. Schauer Allee 175 in Lützowstr.

## Isolierte Kupferleitung

und blanke kauft ständig jeden Posten  
Elektronmotoren jeder Größe und Spannung  
Bauer, W35, Schönberger Ufer  
Lützow 9856.

## Zähne Reinigen 1 Mark, KRONEN 30 Mark

DENTIST JOHNE GRUNAUER STR. 10 Tägl. von 10-12  
Sonnt. 9-1. Seit Jahren hochfähig. Siehe zahlreiche Zeitschriften

## Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden

C. Weissert, Invalidenstraße 1, Etage, Ecke  
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig  
Kostenlose Untersuchung und Beratung  
sachgemäße Behandlung  
Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 11-1

## Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Harn-, Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Naturheilverfahren. Schnell, sicher, ohne Herabsetzung.

Zimmer für Damen und Herren. Aerolische Heilanstalt  
n. d. Lützowstr. 117 (s. d. Lützowstrasse)  
Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sept. 18-1.

## Prozesse, Alexanderstr. 45.

Geleitlich bei Tag und Nacht  
Gebocht, Mitw. namh. Juristen, Kaiser- u. II. Verordn.

## Parteigenossen

Schauspieler oder erstklassige Dilettanten (Damen und Herren), die gegen Vergütung bei Theater-Aufführungen wochentags wirken wollen, gesucht. Persönliche Vorstellung tägl. v. 12-2 u. 7-8 bei E. Holzmann  
NO 55, Woldenberger Str. 8 II. Kaufstr.

## Botenfrauen

stellt ein:  
Spedition Bartsch, Tempelhof, Wartenburg  
Spickermann, Panke, Wartenburg  
Gerhard, Karlshorst, Wartenburg  
Nessler, Wilmarodert, Nieschlag, Wartenburg  
Ernst Eng, Waidmannsland, Wartenburg  
Wutzky, Johannisstraße 9, Wartenburg  
Girschner, Gitschiner Straße 23, Wartenburg  
Döring, Steinmühlstraße 23, Wartenburg  
Alfred Wind, Eichwalde, Wartenburg  
Götze, Tresckowstr. 22, Wartenburg







hat eine Ausstellung von Bildern, Wandtafeln und Spielen von Freitag, den 28. November, bis Mittwoch, den 3. Dezember, in Büttner's Festsaal, Schwedter Straße 23/24, statt.

Die Einrichtung der Charlottenburger städtischen Besatzverhältnisse, Berliner Straße 70, scheint noch nicht genügend bekannt zu sein.

Arbeiterkurse für Malerei und Plastik. Die Kurse sind nicht Krausstraße, sondern Charlottenburg, Ranisstraße 159, am Zoo.

Wegen schlechte Treppenbeleuchtung in den Häusern wird viel geklagt. Besonders schlimm sind die Briefboten und Zeitungsausträgerinnen daran, die in der Dunkelheit die Wohnungen aufsuchen müssen.

Wegen einer groß unglücklichen Veranlassung wurde ein Abend polizeilich aufgehoben, der vom Berliner Schwimmklub Germania in den Arminalhallen in der Kommandantenstraße einberufen war.

Aus dem Gemeindeleben.

Reinickendorf. Die ersten Punkte der Tagesordnung der letzten Gemeindevorstandssitzung, Gehaltsrückstellungen für Lehrpersonen, fanden glatte Erledigung, aber eine andere Sache brachte den rechtssozialistischen Gemeindevorstand Scharff auf den Plan.

Reife Pinus erweiterter diesen Antrag auf 500 M. für den Vorstand des Wirtschaftsausschusses, während er selbstverständlich dem Arbeiterausschuss auch hier die Mittel verweigerte.

Nieberschönausen. In der Gemeindevorstandssitzung am 18. November wurde einstimmig beschlossen, für wirtschaftlich Schwache, darunter Streulande und Ausgesperrte, einen halben Raummeter Holz kostenlos zu verabfolgen.

Lebensmittellieferanten. In den letzten Reichstagswahlen kamen am Donnerstag, den 17. d. M., von früh 8 Uhr ab ca. 1000 frische Schlachttiere, gerupfte und ungeputzte Gänse (ohne Schwanzfedern) im Gewicht von ca. 8 bis 12 Pfund zum Preise von 12,50 M. pro Pfund zum Verkauf.

Lebensmittellieferanten.

Banken. In den letzten Reichstagswahlen kamen am Donnerstag, den 17. d. M., von früh 8 Uhr ab ca. 1000 frische Schlachttiere, gerupfte und ungeputzte Gänse (ohne Schwanzfedern) im Gewicht von ca. 8 bis 12 Pfund zum Preise von 12,50 M. pro Pfund zum Verkauf.

Zerner für Kinder bis 14 Jahre 1 Teller Reis und für Personen über 10 Jahre 2 Teller Reis gegen einen im Gemeindevorstand eingelegten Bescheid.

Aus den Organisationen.

Achtung! Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Geschäftsstelle für das Verbandswesen ist von jetzt ab ununterbrochen von 10 bis nachmittags bis 6 Uhr nachmittags. Wir bitten, alle Angelegenheiten in dieser Zeit zu erledigen.

11. Distrikt. Bildungsausschuss. Sonnabend 168 Uhr musikalischer Abend in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 55.

12. Distrikt. Bildungsausschuss. Donnerstag 168 Uhr Mitgliederversammlung bei Schöneberg, Hindenburgdamm 104.

13. Distrikt. Bildungsausschuss. Donnerstag 168 Uhr Mitgliederversammlung bei Schöneberg, Hindenburgdamm 104.

Bereinskalender.

Arbeiter-Seminar-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Mitglieder-Versammlung haben am Donnerstag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr: Bezirk Ost-Neukölln bei Bienenhagen, Schwanenstraße 60; Bezirk West-Neukölln bei Schöneberg, Gartenstr. 55.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Ortsverwaltung Berlin. Am Freitag, 28. November 1919, abends 6 Uhr, in Voekers Festsaal, Weberstraße 17. Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Die Stellungnahme der Gewerkschaftskommission zum Generalstreik.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirk Groß-Berlin, Section III. Achtung! Straßenbahner! Hochbahner! Freitag, den 28. November, abends 7 3/4: 3-große Versammlungen.

Platin Silber Quecksilber Kupfer Sämtliche Metalle Zahngebisse. Cohn. 1) Brunnenstr. 11. 2) Eichenbühlstraße 2. 3) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229.

„Aufbau und Werden“ Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. Freitag, den 28. November. II. praktischer Teil des Vortragszyklus des Herrn Wilhelm Hollenburg, ehem. Lektor (Sheffield University) über Bilanz-Aufbau und Kritik.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Section 5, Transport-, Lagerarbeiter usw. der Berliner Reichsbahnstr. Am Sonnabend, den 29. November 1919, abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oranienstr. 14/15, Saal 1, überträgt Vertrauensmänner-Konferenz.

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing Sämtl. Almetalle Zahngebisse. Baruch Fennstr. 48. Tel.: Moabit 2384.

Facharzt Dr. Meyerberg für Geschlechtsleiden. 11-1, 5-7 Potsdamer Str. 27b, Danzigerzimmer.

Straßenhändler leicht verkäuflichen Artikel Schokoladen-Marie und Appel-Willy. Kolonnen-Verkauf. Verkauf Donnerstags u. Samstags von 2-6 Uhr.

Staniuffelle, Oelen, Algen u. Meeresalgen. Robert Kundt, Berliner Str. 66, 10909-662.

Gold- u. Silber-Münzen Platin, Zahngebisse über Tagespreis Edelmetall-Schmelze I. Kresche, Neukölln, Jory-Str. 69.

Goldene Herrenuhren, goldene Damenuhren, sowie goldene Zigarettenetuis, silberne Zigarettenetuis, silberne Bestecke nach Gewicht, Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten, Kollier, Ohrhänge, Nadeln, Armhänder zu labellierten billigen Preisen.

Kupfer Messing Quecksilber Sämtliche Metallarbeiten Zahngebisse. Kokski, Brunnenstr. 146.

Platina Gold Silber Alte Gebisse Platinstiftzähne 4,80 bis 90 Mk. kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II.